



## **Antrag**

der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

### **Kurs Energiewende für Preisstabilität und mehr Unabhängigkeit**

#### **Der Landtag wolle beschließen:**

Der Landtag stellt fest, dass der Krieg im Iran und die damit zusammenhängende Sperrung der Straße von Hormus sowie die Zerstörung von Energieinfrastruktur zu erhöhten Gas- und Ölpreisen geführt haben. Es ist zu befürchten, dass diese Entwicklung aufgrund von Schäden an Infrastrukturen auch dann noch anhalten wird, wenn die Straße von Hormus zeitnah und dauerhaft wieder passierbar sein wird.

Die bestehende Abhängigkeit Deutschlands von fossilen Energieimporten kann zu Herausforderungen bei der Energieversorgung führen und damit auch Auswirkungen auf unsere Wirtschaft haben. Deshalb ist es wichtig, den europäischen Energiebinnenmarkt weiter auszubauen und die Energieversorgung zunehmend auf verlässliche, demokratische und stabile Partner sowie auf europäische und heimische Quellen auszurichten.

Der Landtag stellt fest, dass die Strompreise in den vergangenen Monaten, trotz der Beeinflussung durch den Gaspreis, vergleichsweise stabil geblieben sind. Der hohe Anteil erneuerbarer Energien wirkt dabei preisdämpfend. Schleswig-Holstein trägt durch den konsequenten Ausbau erneuerbarer Energien zur langfristigen Stabilisierung der Energiepreise bei.

Der Landtag unterstreicht die Bedeutung eines weiteren, ambitionierten Ausbaus der erneuerbaren Energien zur Stärkung der Resilienz sowie der Preisstabilität und als Beitrag zum Klimaschutz.

Der Landtag stellt in diesem Zusammenhang und des absehbar durch Sektorenkopplung steigenden Strombedarfes in Deutschland die herausragende Bedeutung der EEG-Ausbauziele und der dafür vorgesehenen Ausbaupfade für die erneuerbaren Energien fest.

Der Landtag unterstreicht vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Transformation sowie der Erreichung der Klimaziele den Bedarf einer verstärkten Elektrifizierung dort, wo diese wirtschaftlich und technisch sinnvoll ist.

Der Landtag bittet die Landesregierung daher, sich bei der Bundesregierung mit Nachdruck für eine Beschleunigung der Energiewende bei Strom, Wärme, Industrie und Antriebsenergie einzusetzen.

Um alle Haushalte und Unternehmen zu entlasten und gleichzeitig den Umstieg auf Wärmepumpen und E-Autos anzureizen, sollte die Stromsteuer unverzüglich für alle auf das EU-rechtliche Minimum gesenkt werden.

Die vom Bund derzeit geplanten Sonderausschreibungen von 12 GW Windenergie an Land bis 2030 entsprechen im Schnitt nur 2,4 GW pro Jahr und reichen aus Sicht des Landtages nicht aus.

Er begrüßt daher die Forderung des Bundesrats nach einer zusätzlichen Sonderausschreibung in Höhe von 5 Gigawatt Windenergie an Land für 2026. Ein Teil der Sonderausschreibungen sollte dabei privilegiert für Bürgerenergieanlagen vorgesehen werden.

Der Landtag stellt fest, dass für die Erreichung der EE-Ausbauziele, für die Planungssicherheit der an der Energiewende beteiligten Unternehmen und zur Stärkung der mit der Energiewende einhergehenden Wertschöpfung weiterhin ein verlässlicher, EU-konformer Förderrahmen erforderlich ist.

Er bittet die Landesregierung, sich auf Bundesebene für eine entsprechende Weiterentwicklung des EEG einzusetzen. Er begrüßt die im Auftrag der Landesregierungen aus Niedersachsen und Schleswig-Holstein erstellte Studie zur Weiterentwicklung des EEG und bittet die Landesregierung, deren Ergebnisse bei der Ausarbeitung der anstehenden EEG-Novelle auf Bundesebene einzubringen.

Hierzu gehört insbesondere die Unterstützung produktionsabhängiger Differenzverträge als zentrales Förderinstrument, da diese Investitionssicherheit gewährleisten, zugleich Marktsignale erhalten und die Anforderungen des europäischen Beihilferechts an Rückzahlungsmechanismen erfüllen.

Darüber hinaus sollte sich die aktuelle internationale Lage am Energiemarkt auch auf die Erarbeitung der derzeit noch nicht vorliegenden Entwürfe für das Netzpaket und das Erneuerbare-Energien-Gesetz durch die Bundesregierung auswirken.

Maßnahmen wie einen Redispatchvorbehalt lehnt der Landtag vor dem Hintergrund

des hohen Bedarfs an resilienter Stromversorgung aufgrund zu großer Finanzierungsrisiken für die Projekte ab. Die Forderung von Baukostenzuschüssen beim Errichten von erneuerbaren Energieanlagen lehnen wir ab. Es braucht Alternativen im Sinne einer besseren Bewirtschaftung der Stromnetzinfrastruktur. Sinnvollere Lösungsmöglichkeiten liegen in der regelmäßigen Nutzung flexibler Netzanschlussvereinbarungen, der Digitalisierung unserer Netze sowie einer möglichen Überbauung von Netzverknüpfungspunkten.

Auch sollten die Vorschläge des „Reifegradverfahren“ anstatt des „Windhundverfahrens“ auf seine Eignung für diesen Zweck geprüft werden. Der Landtag bittet die Landesregierung, sich bei der Bundesregierung in diesem Sinne einzusetzen.

Der Landtag unterstreicht die entscheidende Rolle der CO<sub>2</sub>-Bepreisung für eine erfolgreiche und kosteneffiziente Energiewende. Der europäische Emissionshandel ist als Leitinstrument der Klimapolitik zu stärken und auszubauen und ein weiterentwickeltes CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichssystem (CBAM) auf europäischer Ebene einzuführen. Beim Abschluss von CO<sub>2</sub>-Differenzverträgen ist neben einem effektiven Gebotspreis auf die jeweilige Projektreife inklusive der notwendigen Netzinfrastruktur, sowie auf marktgerechte ETS-Referenzpreise zu achten.

Hohe Strompreise sind oft eine Konsequenz hoher Gaspreise. Vor diesem Hintergrund sollte einerseits das von der Kommission geforderte 10-H-Kriterium (neue, steuerbare Kraftwerkskapazitäten müssen in der Lage sein, mindestens 10 Stunden am Stück unter Volllast Strom zu produzieren) in der geplanten Kraftwerksstrategie so ausgestaltet werden, dass auch Speicherprojekte zum Zug kommen können. Andererseits darf die Umstellung der Kraftwerke auf den Energieträger Wasserstoff nicht erst wie geplant ab 2040 beziehungsweise unmittelbar nur für 2 GW angereizt werden.

Begründung:

Die Auswirkungen der kriegerischen Auseinandersetzungen mit dem Iran verdeutlichen unsere Energieabhängigkeit von fossilen Energiequellen.

Die Elektrifizierung von Wärme und Verkehr ist daher ein wesentlicher Beitrag um unabhängiger von fossilen Energieträgern zu werden. Schleswig-Holstein ist Vorreiter der Energiewende, wird diesen Weg weiter fortsetzen und so erstes klimaneutrales Industrieland werden.

Ulrike Täck

Andreas Hein

und Fraktion

und Fraktion